

**An das Ministerium des Inneren, für
Digitalisierung und Kommunen Baden-
Württemberg**

z.Hd. Herrn Innenminister Thomas Strobl
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Dienstag, 19. September 2023

OFFENER BRIEF

Lückenlose Aufklärung und Konsequenzen nach Stuttgarter Ausschreitungen gefordert!

**Sehr geehrter Herr Innenminister Strobl,
sehr geehrte Damen und Herren des Landtags,**

die Nachricht über die Ausschreitungen am vergangenen Wochenende in Stuttgart am Rande einer Eritrea Veranstaltung hat großes Entsetzen und Fassungslosigkeit bei uns im Vorstand der FREIEN WÄHLER Landesvereinigung Baden-Württemberg ausgelöst.

Der Berichterstattung konnten wir entnehmen, dass die gewalttätigen Attacken, die sich vor allem gegen unsere Einsatzkräfte gerichtet haben, von einer nicht angemeldeten Gegendemonstration von eritreischen Staatsangehörigen ausgelöst wurde. Diese hatten sich zuvor im Stadtgebiet in Gruppen versammelt und unter polizeilicher Beobachtung zu einer Gegendemonstration formiert.

Befremden und Verständnislosigkeit hat bei uns die Entscheidung ausgelöst, dass dieser nicht angemeldete Gegendemonstration anscheinend nachträglich eine Demonstrationsfläche zugewiesen wurde. Vermutlich als Deeskalationsstrategie gedacht,

hat dies jedoch nicht den gewünschten Erfolg gebracht, sondern stattdessen zur Eskalation der Situation beigetragen, da sich die Gegendemonstranten nicht an die Anweisung gehalten und die Fläche verlassen haben.

In Anbetracht der Tatsache, dass für das kommende Wochenende eine weitere Veranstaltung angekündigt ist, hegen wir die Befürchtung, dass auch diese Veranstaltung von Gewaltexzessen begleitet werden könnte und dies erneut mitunter auf dem Rücken unserer Einsatzkräfte ausgetragen wird.

Deshalb ist es wichtig, dass einerseits die Täter mit der vollen Härte unseres Gesetzes bestraft werden, andererseits aber auch eine lückenlose Aufklärung des Ereignisses erfolgt und die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die Prävention eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang gibt es zehn Fragen, die in unseren Augen unbedingt beantwortet werden müssen, um eine Wiederholung zu vermeiden.

1. Weshalb wurde die Gruppen, die sich als Protest gegen die Eritrea Veranstaltung im Stuttgarter Stadtgebiet sammelten, nicht vorzeitig von den Einsatzkräften aufgelöst, wenn sie doch unter polizeilicher Beobachtung standen?
2. Wieso wurden nicht schon früher weitere Einsatzkräfte als Verstärkung herangezogen, als sich zeigte, dass sich die angekündigte, aber nicht angemeldete, Gegendemonstration formierte und es sich nicht nur um eine kleine Gruppe von Menschen handelte?
3. Wie kann es sein, dass eine nicht angemeldete Gegendemonstration nachträglich eine Demonstrationsfläche zugewiesen bekommt? Wer hat diese Entscheidung getroffen, wer übernimmt die Verantwortung hierfür und was sollte damit erreicht werden?

4. Welche Maßnahmen und Strategien sind vorgesehen, um solche Ausschreitungen in Zukunft zu verhindern? Ist eine personelle Aufstockung bei der Polizei angedacht? Wenn ja, wie viele Stellen werden geschaffen?
5. Der Landespolizeichef der Polizeigewerkschaft kritisierte, dass die polizeiliche Verstärkung aus anderen Polizeipräsidien und der Bundespolizei zu lange dauert. Welche Maßnahmen werden hier ergriffen, um die Zugriffszeiten auf andere Einsatzkräfteeinheiten zu verringern?
6. Werden die aus der Schweiz und Nachbarländer stammenden eritreischen Staatsangehörigen, die erkennungsdienstlich behandelt wurden und die sich nachweislich an den Ausschreitungen beteiligt haben, künftig mit einem Einreiseverbot nach Deutschland belegt?
7. Wird als Erkenntnis aus den Geschehnissen des vergangenen Wochenendes die Deeskalationsstrategie überprüft, und zwar dahingehend, dass künftig (Gegen-)Demonstrationen, die offenkundig die öffentliche Ordnung gefährden, frühzeitig von der Polizei aufgelöst werden, bevor sie sich formieren können?
8. Welche weiteren Maßnahmen werden kurzfristig ergriffen, um zu verhindern, dass sich solch ein Ereignis am kommenden Wochenende wiederholt, wenn eine weitere Eritrea Veranstaltung stattfindet?
9. Werden künftig bei dieser Art von Veranstaltung mit Migrationshintergrund und bekannten politischem Konfliktpotential im Herkunftsland, vorsorglich weitere Einsatzkräfte angefordert? Wer trägt die Kosten für die Sicherung der Veranstaltung?

10. Ist es angedacht, dass künftig bei Anmietung öffentlicher Versammlungsräume durch Vereine, eine Risiko-Analyse in Bezug auf mögliches Konfliktpotential durchgeführt wird und etwaige Kosten für die Sicherung der Veranstaltung zu Lasten des Mieters gehen?

Wir FREIE WÄHLER fordern ein konsequenteres Durchgreifen. Demonstrations- und Versammlungsrecht müssen geschützt und gestärkt werden. Dazu bedarf es eines starken Staates und entsprechender Einsatzkräfte. Diese müssen auch personell gestärkt werden.

Hierzu werden entsprechende Finanzmittel benötigt, die Sie meine Damen und Herren im Haushalt bereitstellen können. Wir appellieren an Sie: Zögern Sie nicht weiter und lassen Sie auf Aussagen auch Taten folgen. Stärken Sie den öffentlichen Dienst, die Justiz und die Polizei, damit diese nicht weiter ausbluten.

Hochachtungsvoll

FREIE WÄHLER Landesvorstand